

NIEDERSCHRIFT Rat/023/2007

über die Sitzung **des Rates der Stadt Billerbeck** am 04.09.2007 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Herr Jochen Dübbelde
Herr Bernhard Faltmann
Herr Günther Fehmer
Herr Thomas Hagemann
Herr Florian Heuermann
Herr Ludger Kleideiter
Herr Bernhard Kortmann
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Franz-Josef Schulze Thier
Frau Birgit Schulze Wierling bis Verlauf zu TOP 9 ö. S.
Herr Karl-Heinz Ueding
Herr Werner Wiesmann
Herr Franz Becks
Herr Jürgen Brunn
Herr Hans-Jürgen Dittrich
Herr André Heßling bis zu TOP 6.1 nö. S.
Frau Gabriele Mönning
Herr Peter Nowak
Herr Martin Pfeiffer
Herr Hans-Joachim Spengler
Herr Thomas Tauber
Herr Klaus Wieling
Herr Heinz Roggenkamp
Herr Ulrich Schlieker

Entschuldigt fehlt:

Herr Willi Krause

Von der Verwaltung:

Herr Peter Melzner
Herr Hubertus Messing
Herr Gerd Mollenhauer
Frau Birgit Freickmann Schriftführerin

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:40 Uhr

Frau Dirks bittet um Erweiterung der nichtöffentlichen Tagesordnung um zwei Vergaben für die Don-Bosco-Hauptschule. Es handele sich um die Kücheneinrichtung und um die Ton- und Lichttechnik in der Mensa.

Der Erweiterung wird zugestimmt.

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Dirks teilt mit, dass die Berichterstattung auf die nächste Ratssitzung verschoben werde.

2. Antrag zur Teilnahme am Leader-Wettbewerbsverfahren

Frau Dirks verweist auf die Sitzungsvorlage und betont, dass das Freibad nunmehr in die Projektliste aufgenommen worden sei.

Herr Fehmer sieht heute keinen unmittelbaren Erläuterungsbedarf mehr, da man sich mehrfach mit der Thematik beschäftigt habe und außerdem eine ausführliche Sitzungsvorlage vorliege. Die CDU-Fraktion Billerbeck habe mit den CDU-Fraktionen der beteiligten Kommunen Kontakt aufgenommen. Unter dem Strich könne er konstatieren, dass das Hauptargument aus der Juni-Sitzung – zusätzlicher Bürokratismus und Verwaltungsaufwand – nach wie vor sehr kritisch gesehen werde. Dennoch seien sie mehrheitlich zu dem Ergebnis gelangt, dass unter Abwägung sämtlicher Vor- und Nachteile und unter Berücksichtigung der zusätzlich aufgenommenen Kriterien, sich die Stadt Billerbeck mit den anderen beteiligten Gemeinden um den Status Leader-Region bewerben sollte.

Die in der Vorlage aufgeführten Projekte entsprächen im Wesentlichen den Gedanken, die im ILEK gemeinsam unter Beteiligung des Rates vorbereitet worden seien und auch ganzheitlich vom Rat mitgetragen würden. Einen großen Vorteil sehe er darin, dass die Liste veränderbar und kein starres Gebilde sei. Immerhin gehe es um einen Zeitraum von 2007 bis 2013. Wenn sich etwas anderes ergeben sollte, habe man immer die Möglichkeit darauf zu reagieren. Wichtig sei ihm die Feststellung, dass der Rat die von Privatpersonen entwickelten Projekte nur dann auf den Weg bringt, wenn die Finanzierung gesichert ist.

Positiv sei weiterhin das in allen Räten geforderte und nun eingeräumte erweiterte Mitspracherecht durch die Entsendung eines Ratsvertreters in die Aktionsgruppe. In Rosendahl sei dies zum Bestandteil des Beschlusses gemacht worden.

Nicht zuletzt erhoffe er sich erhöhte Förderchancen, diesbezüglich gebe es positive Erfahrungen anderer Leader-Regionen. Er hoffe, dass auch

Billerbeck daran partizipieren könne.

Außerdem dürfe der Grundgedanke der interkommunalen Zusammenarbeit nicht vergessen werden. Auch heute stehe ein Fraktionsauftrag auf der Tagesordnung, in dem diese noch einmal forciert werde. Der gesamte Rat habe von der Verwaltung immer wieder gefordert, hierfür Sorge zu tragen. Dieser Gedanke werde vorangetrieben, wenn sich 5 Städte und Gemeinden zusammentun und eine Bewerbung um den Leader-Status auf den Weg bringen. Nach erfolgreicher Bewerbung sei dann mit den beteiligten Gemeinden über das Regionalmanagement zu entscheiden. Diese Diskussion müsse heute noch nicht geführt werden.

Zusammenfassend sprechen nach seiner Meinung mehr positive als negative Gründe für eine Bewerbung. Deshalb werde die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag der Verwaltung mehrheitlich mittragen.

Herr Nowak entgegnet, dass interkommunale Zusammenarbeit mit dem Leader-Wettbewerb oder ILEK nichts zu tun habe. Seine Kritik richte sich gegen den enormen Bürokratieaufbau und Verwaltungsaufwand. Auch in der Änderung des Aufbaues der Aktionsgruppe durch Aufnahme eines Ratsvertreters sehe er keinen Vorteil. Demokratie sei das nicht. Enttäuscht sei er darüber, dass das Freibad in die Liste aufgenommen und man damit geködert werden solle. Verwaltungsseitig sei eine Förderung des Freibades im Leader-Prozess ausgeschlossen worden. Außerdem habe die Sanierung des Freibades mit der Region nichts zu tun, hier handele es sich um eine alleinige Aufgabe der Stadt Billerbeck. Im Übrigen habe die Stadt kein Geld und könne deshalb auch nichts ausgeben. Die Argumentation von Herrn Fehmer sei tlw. sehr richtig gewesen, aber am Ende nicht konsequent, weil kein Geld vorhanden ist. Die SPD-Fraktion könne eine Teilnahme am Leader-Wettbewerbsverfahren nicht verantworten.

Frau Dirks stellt im Hinblick auf das Freibad richtig, dass sie gesagt habe, dass sicherlich die technischen Einrichtungen nicht gefördert würden. Eine Förderung sei aber z. B. für die Gebäude denkbar, wenn diese im historischen Zustand erhalten werden. In NRW sei bereits ein Naturbad gefördert worden. Bei einem Gespräch im Ministerium sei deutlich gemacht worden, dass innovative Projekte gefördert werden und wenn das Freibad diesbezüglich vernünftig präsentiert werde, sei eine Förderung (ohne technische Anlagen) vorstellbar.

Herr Schlieker macht deutlich, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Teilnahme am Leader-Wettbewerbsverfahren ablehne. Den von Herrn Nowak aufgeführten Gründen schließe er sich an. Auch ihm sei sauer aufgestoßen, dass das Freibad plötzlich in der Projektliste auftauche. Wenn man die möglichen 1,6 Mio Fördermittel durch 5 Kommunen teile und davon ausgehe, dass die Mittel gerecht auf alle Kommunen verteilt werden, dann bedeute dies, dass die Stadt Billerbeck rd. 600.000,- € an Eigenmitteln in 6 Jahren aufbringen müsse. Abgesehen von der in der Liste aufgeführten Barrierefreiheit seien ihm z. B. die Betreuung unter Dreijähriger und neue Kunstrasenplätze für den Sportverein wichtiger als z. B. die Dombauhütte. Diese könne man sich nicht leisten, weil andere Dinge wichtiger seien. Er setze hier andere Prioritäten.

Herr Wieling führt an, dass nun in der Geschäftsordnung der LAG festgelegt werden soll, was in vorherigen Sitzungen kritisiert wurde, dass nämlich ein Ratsvertreter jeder Kommune in die Aktionsgruppe entsandt werden könne. Es sei aber wohl schwierig, wenn ein Ratsmitglied unter 22 Mitgliedern die Stadt Billerbeck vertreten und Projekte durchbringen soll. Bei den aufzubringenden Eigenmitteln habe er die Sorge, dass diese den Projekten entzogen werden, die wichtiger seien.

Frau Mönning weist Frau Dirks auf ihre Aussagen in den Sitzungen am 11. Juni und 19. Juni 2007 hin, dass eine Förderung des Freibades nicht möglich ist. Heute stehe das anders in der Sitzungsvorlage. Herrn Fehmer hält sie vor, dass wenn man einmal ja sage, es schwierig werde wieder herauszukommen, da sich die Sache dann verselbständige. Deshalb sei es besser von Anfang an nein zu sagen.

Herr Wieling wundert sich, dass seitens der CDU-Fraktion heute nichts über die 15%-ige Förderung für das Regionalmanagement gesagt werde. Über diesen Punkte habe man lange gestritten. Aus Rosendahl habe er gehört, dass dort andere Möglichkeiten als mit der wfc gesehen werden. Es könne aber nicht sein, dass sich jede Kommune andere Vorstellungen mache. So wie er das sehe, solle die wfc das Regionalmanagement übernehmen.

Herr Dübbelde wirft ein, dass lt. Vorlage die wfc nicht von vornherein mit im Boot sei.

Frau Dirks ergänzt, dass die Beauftragung der wfc offen gelassen werde und hierzu auch kein Beschlussvorschlag unterbreitet worden sei. Es gebe andere Wege, z. B. auf Honorarbasis.

Herr Fehmer wiederholt, dass die Frage des Regionalmanagements aus seiner Sicht heute nicht zu diskutieren sei. Erst wenn die Bewerbung erfolgreich verlaufen sei, müsse hierüber entschieden werden. Seitens der CDU-Fraktion seien bereits in der Juni-Sitzung Vorbehalte gegen die Festfinanzierung der wfc deutlich gemacht worden.

Der o. a. Äußerung von Frau Mönning hält er entgegen, dass wenn er heute nein sage, dieses auch bis 2013 gelte. Er halte es für fahrlässig, einen so langen Zeitraum überblicken zu wollen und eine Teilnahme abzulehnen. Der Rat habe immer noch die Möglichkeit zu entscheiden, ob ein Projekt mitgetragen werde oder nicht.

Herr Mollenhauer unterstreicht, dass das Freibad mit einer Komplettfinanzierung durch die Stadt Billerbeck in die Liste aufgenommen wurde. In der heutigen Diskussion komme aber der regionale Ansatz zu kurz. Er habe in der Vorlage ausgeführt, dass die Bezirksregierung bzgl. der Förderanträge nach den Förderrichtlinien Stadterneuerung ausführe, dass sich die Unterstützung des Landes im Rahmen der Stadterneuerung stärker als in der Vergangenheit an der Bereitschaft zu integrierten Handlungskonzepten, zu interkommunaler bzw. regionaler Kooperation und zu privater Beteiligung der Wirtschaft und der Bürgerschaft orientieren werde. Mit der Teilnahme am Leader-Wettbewerb werde der regionale An-

satz und auch nach außen dokumentiert. Außerdem dürfe man nicht die Verbesserung des Förderzuganges zu EU-Mitteln und die höheren Fördermöglichkeiten sowohl für die Stadt als auch für Private verkennen. Bei einer erfolgreichen Bewerbung flössen zusätzliche Mittel in die Region, das werde sich am Ende als Domino-Effekt herausstellen. Erfahrungen anderer Leader-Regionen seien durchweg positiv.

Herr Wieling entgegnet, dass Herr Mollenhauer die Sache sehr pauschal betrachte. Er gleiche das aber mit den Maßnahmen ab, die möglicherweise umgesetzt werden und darunter befänden sich einige, die er nicht wolle und auch nicht verantworten könne. Wenn Projekte von Privatleuten aufgegriffen würden, dann würden sicherlich in Billerbeck noch andere Sponsoren gefunden werden, wobei die Sparkassenstiftung aber nicht für alle Dinge herhalten könne. Und wenn Privatleute Projekte in die Hand nähmen, dann sei der Rat außen vor.

Frau Mollenhauer kommt der regionale Ansatz zu kurz. Sie weist darauf hin, dass auch das Freibad unter diesem Gesichtspunkt gesehen werden könne, schließlich besuchten auch Gäste aus den umliegenden Gemeinden das Billerbecker Freibad.

Die Verwaltung habe deutlich gemacht, so Herr Fehmer, dass andere Fördertöpfe für Nicht-Leader-Regionen erheblich höher gehängt werden. Das würde bedeuten, dass das bisher festgestellte private Engagement damit „abgewürgt“ werde. Außerdem müssten auch diese die 50% Eigenmittel sicherstellen.

Frau Mönning stellt die Frage, ob die Stadt Billerbeck keine Förderung mehr erhalte, wenn sie nicht als Leader-Region anerkannt werde. Es werde doch nicht so sein, dass das Land Regionen von einer Förderung ausschließe.

Herr Mollenhauer führt aus, dass alle Fördertöpfe allen offen stünden, diese aber höher gehängt würden und Bedingungen erfüllt werden müssten. Wenn man sich platzieren wolle, könne der Leader-Status hilfreich sein.

Wenn die CDU-Fraktion sich für eine Teilnahme am Leader-Wettbewerb ausspreche, so Herr Wieling, dann müssten auch die notwendigen Strukturen aufgebaut werden und diese kosteten Geld. Eine Entscheidung hierüber wolle die CDU-Fraktion aufschieben, obwohl über die Verwaltungskosten mit großen Bedenken diskutiert worden sei. Dieser Knackpunkt werde wieder auftauchen.

Frau Dirks hält dem entgegen, dass nicht dauerhaft über den Zeitraum bis 2013 Strukturen aufrechterhalten werden müssten, wenn sich herausstellen sollte, dass die Leader-Region keine Projekte mehr habe.

Herr Wiesmann schließt aus, dass es keine Projekte geben könne, die über Leader gefördert werden können. Außerdem werde man den Beitrag, der für die wfc aufgebracht werden müsse, immer wieder an För-

dermitteln herein bekommen.

Herr Brunn hält der o. a. Ausführung von Frau Dirks entgegen, dass die Aktionsgruppe zwingend für 7 Jahre gegründet werde und die Stadt nicht vorher aussteigen könne.

Hier werde davon gesprochen, dass man Projekte finden werde, so Herr Schlieker. Er wolle aber keine Projekte finden, weil es bereits viele wichtige Projekte gebe.

Der Rat fasst schließlich folgenden

Beschluss:

Die Stadt Billerbeck beteiligt sich gemeinsam mit der Stadt Coesfeld und den Gemeinden Rosendahl, Havixbeck und Nottuln als Baumberge-Region am Leader-Wettbewerb des Landes Nordrhein-Westfalen zur Vergabe des Status „Leader-Region“ für die Förderperiode 2007 bis 2013.

Die Stadt Billerbeck tritt der lokalen Aktionsgruppe (LAG) bei.

Die Stadt Billerbeck übernimmt gemeinsam mit den anderen Baumberge-Kommunen die Co-Finanzierung für ein Regionalmanagement. Der Umfang und weitere Details zum Regionalmanagement werden festgelegt, wenn die Bewerbung erfolgreich verlaufen ist.

Die Stadt Billerbeck trägt die lokale Entwicklungsstrategie mit und wird alles daran setzen, die Co-Finanzierung sicherzustellen. Die für die einzelnen Projekte zu sichernden Eigenmittel sollen von den jeweiligen Projektträgern aufgebracht werden.

Stimmabgabe: 13 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

3. **Wiederbesetzung und Umbesetzung von Ausschüssen**

Ohne weitere Diskussion fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. In den Betriebsausschuss wird Herr Peter Wiesemann als sachkundiger Bürger gem. § 58 Abs. 3 für Herrn Johannes Lanfermann gewählt.

Stimmabgabe: einstimmig

2. Der sachkundige Bürger Herr Carsten Rampe wird als stellvertretendes Mitglied in die folgend aufgeführten Ausschüsse gewählt:

1. Schul- und Sportausschuss
2. Betriebsausschuss
3. Jugend-, Familien-, Senioren- und Kulturausschuss

4. Umwelt- und Denkmalausschuss
5. Stadtentwicklungs- und Bauausschuss

Stimmabgabe: einstimmig

**4. Anregung gem. § 24 GO NW der Beate Stratmann-Korte und weiterer Anlieger
hier: Fortführung des Radweges an der Osterwicker Straße in Richtung Hamern**

Frau Dirks führt aus, dass der Minister für Bauen und Verkehr Oliver Wittke während seiner Sommertour bekanntlich Billerbeck besucht habe. Bei dieser Gelegenheit habe Frau Stratmann-Korte ihr Anliegen vorgebracht, woraufhin der Minister spontan zugesagt habe, diesen Radwegeabschnitt im Rahmen des innovativen Radwegebaues zu fördern. Sie schlage dennoch vor, die Anregung in den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss zu verweisen.

Beschluss:

Die Anregung der Frau Beate Stratmann-Korte und weiterer Anlieger wird an den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

**5. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14. Juni 2007
hier: Bepflanzung des Radweges entlang der L 577 (Richtung Notuln)**

Herr Schlieker schlägt vor, den Antrag in den zuständigen Ausschuss zu verweisen.

Herr Wieling ist dagegen der Meinung, dass der Antrag heute so beschlossen werden könne, weil der Landesbetrieb Straßenbau zuständig sei und der Stadt aufgrund des Antrages einen Vorschlag unterbreiten werde.

Frau Dirks erläutert, dass sie in einem Gespräch mit dem Landesbetrieb den Fraktionsantrag zur Sprache gebracht habe. Seitens des Landesbetriebes sei darauf hingewiesen worden, dass keine Flächen zur Verfügung stünden. Deshalb sollte der Antrag zur Vorbesprechung an den zuständigen Ausschuss verwiesen werden.

Nach kurzer Erörterung fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14. Juni 2007 wird zur Vorberatung an den Bezirksausschuss und endgültigen Entscheidung an den Umwelt- und Denkmalausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

6. Antrag der CDU Fraktion vom 20. August 2007
hier: Interkommunale Zusammenarbeit der Betriebsbauhöfe der Stadt Billerbeck und der Gemeinden Nottuln, Rosendahl und Havixbeck

Herr Fehmer begründet den Fraktionsantrag.

Herr Wieling wirft ein, dass der Antrag nichts Neues sei. Die Verwaltung sei bereits mit der Erstellung eines Konzeptes beauftragt worden. Durch den CDU-Antrag sei ihm wieder bewusst geworden, dass von der Verwaltung dieses Konzept auch eingefordert werden müsse.

Herr Schlieker kann sich dem CDU-Antrag anschließen, da hierdurch Geld gespart werden könne.

Frau Dirks stellt fest, dass der Antrag also heute so beschlossen werden könne. Im Übrigen sei die Verwaltung nicht untätig gewesen. Über den Austausch der Geräte und Maschinen seien intensive Gespräche mit Nottuln und Rosendahl geführt worden. Sie begrüße es außerordentlich, dass in allen drei Kommunen gleich lautende Anträge gestellt worden seien, denn eine Zusammenarbeit sei nicht immer einfach.

Herr Nowak bittet die Verwaltung, in jeder HFA-Sitzung einen Zwischenstand über das Konzept Baubetriebshof vorzutragen.

Herr Wieling kritisiert, dass die Bürgermeisterin erst auf Nachfrage über den Sachstand berichte. Wenn konkret verhandelt worden sei, dann müsse hierüber auch in der Sitzung informiert werden.

Frau Dirks wirft ein, dass zwar Gespräche geführt worden seien, aber noch keine Ergebnisse vorlägen. Außerdem habe sie zwischenzeitlich entsprechend berichtet.

Abschließend sagt Frau Dirks zu, in einer der nächsten HFA-Sitzungen einen Bericht zum Thema „Interkommunale Zusammenarbeit“ abzugeben.

7. Antrag der SPD-Fraktion vom 23. August 2007
hier: Schulentwicklungsplanung

Ergänzend zu dem Antrag und um Missverständnissen vorzubeugen, führt Herr Wieling aus, dass Herr Messing zwar zugesagt habe, die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes in der nächsten Schul- und Sportausschusssitzung vorzulegen. Er fordere aber die Vorlage eines qualifizierten fortgeschriebenen Schulentwicklungsplanes.

Herr Messing macht deutlich, dass er die Fortschreibung vorlegen werde.

Es sei aber beschlossen worden, vor der Beauftragung eines externen Büros zunächst mit eigenen Mitteln die Zahlen fortzuschreiben.

Frau Mollenhauer bringt ihre Überraschung über den SPD-Antrag zum Ausdruck. In der HFA-Sitzung am 16. Januar 2007 habe man ausgiebig darüber beraten, ob die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes durch die Verwaltung oder ein externes Büro erstellt werden soll. Auch in der Schul- und Sportausschusssitzung im Mai sei man auf Nachfrage von Frau Rawe übereingekommen, dass zunächst die Verwaltung die Fortschreibung vornehmen soll und danach entschieden werde, ob die Zahlen ausreichen oder doch noch ein externes Büro beauftragt werde.

Herr Schlieker kann den SPD-Antrag ebenfalls nicht nachvollziehen. In der Mai-Sitzung des Schul- und Sportausschusses hätten Frau Rawe und Herr Tauber darauf beharrt, dass in der ersten Sitzung nach den Ferien eine Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes mit den Billerbecker Zahlen incl. Raumprogramm vorgelegt werde. Herr Dittrich habe dann diese Sitzung im Einvernehmen mit der Verwaltung ausfallen lassen. Hierüber habe er sich sehr gewundert, erst recht, wenn seitens der SPD heute die Vorlage des Schulentwicklungsplanes angemahnt werde.

Frau Mönning erklärt, dass sich die Ereignisse inzwischen überholt hätten. Auf Nachfrage von Frau Rawe am 15. Mai 2007 in der Schul- und Sportausschusssitzung habe Herr Messing gesagt, dass der Plan noch nicht so weit sei und er nicht so einen Plan vorlegen könne, wie in Coesfeld. Daraufhin hätten Frau Rawe und sie deutlich gemacht, dass sie einen solchen auch nicht erwarteten, sondern, dass ein Plan reiche, der auch den anderen Gemeinden vorgelegt werden könne. Da sie befürchtet hätten, dass die Angelegenheit evtl. untergehe, hätten sie die Vorlage eines qualifizierten Planes gefordert, mit dem man arbeiten könne, denn die Schullandschaft verändere sich zurzeit.

Herr Tauber fragt kritisch nach, wann der Plan das letzte Mal überarbeitet worden sei.

Herr Messing berichtet, dass die letzte Fortschreibung für den Zeitraum 1992 – 1995 erstellt worden sei. Die gesetzlichen Grundlagen hätten sich geändert. Während früher regelmäßige Fortschreibungen gefordert wurden, müssten diese heute nur noch Anlass bezogen erstellt werden.

Herr Tauber merkt kritisch an, dass der letzte Plan 15 Jahre alt sei. Im § 80 des Schulgesetzes sei beschrieben, welche Angaben der Schulentwicklungsplan enthalten müsse. Wenn nicht seitens der Ausschussmitglieder nachgefragt werde, dann gehe das unter.

Herr Messing habe dargestellt, so Frau Dirks, dass keine Verpflichtung zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes bestehe. Dennoch wolle man den Plan vorlegen und versuchen, ihn mit eigenen Mitteln zu erstellen, um Kosten zu sparen. Sie räume ein, dass sich die Vorlage etwas hinziehe, aber zurzeit habe der Umbau der Hauptschule Priorität.

Herr Wieling macht noch einmal deutlich, dass die SPD-Fraktion den Antrag gestellt habe, damit ein qualifizierter Schulentwicklungsplan vorgelegt werde. Sie hätten nicht beantragt, die Fortschreibung fremd zu vergeben, sondern trauten Herrn Messing diese Arbeit zu.

Nachdem Frau Mollenhauer und Herr Schlieker noch einmal ihre Verwunderung über den SPD-Antrag zum Ausdruck bringen und Herr Dittrich den Ausfall der Schulausschusssitzung begründet, fasst Frau Dirks zusammen, dass in der nächsten Schul- und Sportausschusssitzung seitens der Verwaltung ein qualifizierter Schulentwicklungsplan vorgelegt wird.

**8. Antrag der SPD Fraktion vom 23. August 2007
hier: Änderung der Friedhofssatzung in Bezug auf die Nutzung von Wiesengräbern**

Herr Wieling begründet den Fraktionsantrag. Die Friedhofssatzung sollte angepasst werden, damit nicht wie in der Vergangenheit nur aufgrund des guten Willens der Verwaltung Blumenschmuck oder Grablichter auf den Wiesengräbern abgelegt werden können.

Frau Dirks erklärt, dass es derzeit eine interne Arbeitsanweisung von ihr gebe, dass von Allerheiligen bis Ostern Gestecke, Blumen und Kerzen geduldet werden, diese aber nach zwei Wochen abgeräumt werden müssten. Die Erfahrungen zeigten, dass es mit dem Abräumen durch die Angehörigen nicht klappe und der Friedhofsgärtner diese Arbeiten übernehmen müsse. Dieser zusätzliche Aufwand werde in Zukunft in die Gebührenkalkulation einfließen müssen.

Nach kurzer Erörterung wird der SPD-Fraktionsantrag einvernehmlich an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

**9. Antrag der SPD-Fraktion vom 27. August 2007
hier: Erstellung einer Konzeption für die Installation von Photovoltaikanlagen auf städt. Gebäuden**

Herr Dittrich begründet den Antrag und schlägt vor, ihn an den zuständigen Ausschuss zu verweisen. Vorher sollte die Verwaltung Informationen aus den im Antrag angesprochenen Gemeinden einholen.

Herr Roggenkamp weist bereits jetzt darauf hin, dass sich die Kosten zurzeit nicht rechneten.

Der SPD-Fraktionsantrag wird einvernehmlich an den Umwelt- und Denkmalausschuss verwiesen.

10. Mitteilungen

10.1. Neue Gleichstellungsbeauftragte - Frau Dirks

Frau Dirks teilt mit, dass zum 1. September 2007 Frau Cordula Hanses die bisherige Gleichstellungsbeauftragte bei der Stadt Billerbeck Frau Iris Mersmann abgelöst habe. Frau Mersmann fungiere weiter als Stellvertreterin. Frau Hanses werde sich im zuständigen Ausschuss vorstellen, wenn sie sich eingearbeitet habe.

10.2. Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis für die Fa. Suwelack - Frau Dirks

Frau Dirks teilt mit, dass dem Antrag der Fa. Suwelack auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis zur Entnahme von Grundwasser am Betriebsstandort Billerbeck entsprochen worden sei. Die Genehmigung der Bezirksregierung sei widerruflich und befristet bis zum 31.12.2037. Die Erhöhung der Entnahmemenge sei gestaffelt und müsse immer wieder beantragt werden. Gleichzeitig müsse nachgewiesen werden, dass diese Entnahmemenge sich nicht nachteilig auf den Grundwasserspiegel in der Stadt Billerbeck auswirke.

Herr Fehmer fragt nach, wer zur Beweisführung verpflichtet sei. Einige Anlieger befürchteten, dass ihr eigenes Bohrloch trocken fallen könnte.

Herr Nowak schlägt vor, die Angelegenheit in einer Umwelt- und Denkmalausschusssitzung auf die Tagesordnung zu setzen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

10.3. Aufstellung von Stopp-Schildern im Bereich Bergstraße/Kloster - Frau Dirks

Zu der Nachfrage von Herrn Fehmer, warum an der Kreuzung Bergstraße/Kloster/Wirtschaftsweg Stopp-Schilder aufgestellt worden seien, teilt Frau Dirks mit, dass aufgrund von 2 Unfällen in 2006 in dem o. g. Einmündungsbereich die Kreispolizeibehörde die Situation mit der Straßenverkehrsbehörde mit dem Ergebnis erörtert habe, dass aufgrund der eingeschränkten Sichten aus der K 53 nach links zur K 52 und der möglichen hoch wachsenden Getreidesorten auf dem angrenzenden Acker zur Steigerung der Verkehrssicherheit die Aufstellung der Stopp-Zeichen einvernehmlich beschlossen und anschließend von der Straßenverkehrsaufsicht angeordnet wurde.

10.4. Beschneiden einer Hecke am Tiefen Weg - Frau Dirks

Frau Dirks teilt zu dem Hinweis von Frau Mollenhauer, dass die Hecke auf dem Grundstück des zurzeit unbewohnten Hauses am Tiefen Weg zurück geschnitten werden müsse mit, dass hinsichtlich der Veräußerung

des Hauses schon ein langer Rechtsstreit geführt werde. Der jetzige Eigentümer sei nach mehreren fruchtlosen telefonischen Aufforderungen nunmehr schriftlich auf seine Verpflichtung hingewiesen worden. Für den Fall, dass er seiner Verkehrssicherungspflicht nicht nachkomme, sei eine kostenpflichtige Ersatzvornahme angedroht worden.

10.5. Schließung des Freibades - Herr Messing

Herr Messing teilt mit, dass das Freibad am kommenden Samstag für diese Saison geschlossen werde. Bis heute seien in dieser Saison 20.413 Besucher gezählt worden. Der Durchschnitt von 1996 – 2007 liege bei 32.154 Besuchern. So wenig Besucher wie in diesem Jahr habe es seit 1996 nicht gegeben.

11. Anfragen

11.1. Umgang mit Bürgern - Herr Wieling

Herr Wieling fragt nach, wie in der Verwaltung mit eingehenden Briefen von Bürgern der Stadt Billerbeck umgegangen werde. Ein Bürger habe ihm mitgeteilt, dass er aufgrund seines Schreibens an die Verwaltung im Februar/März weder eine Eingangsbestätigung noch eine sonstige Rückmeldung erhalten habe.

Frau Dirks berichtet, dass die eingehenden Schreiben an die jeweils zuständigen Fachbereiche weitergeleitet würden. Die Bürger bekämen nicht immer eine schriftliche Nachricht, manchmal würden sie auch anrufen, um das Anliegen zu klären. Wenn dem Hinweis konkret nachgegangen werden solle, benötige sie den Namen des Absenders. Ansonsten werde aber immer darauf geachtet, dass die Bürger möglichst zeitnah eine Nachricht bekämen.

Herr Wieling führt weiter aus, dass die Darfelder Straße nach Meinung der Bürger immer noch nicht ordentlich wieder hergestellt sei. Der zuständige Mitarbeiter der Verwaltung sei auf einen lockeren Gullideckel hingewiesen worden. Daraufhin sei aber bis heute nichts passiert. Deshalb bitte er die Bürgermeisterin, auch die Fachbereichsleiter aufzufordern, sich zu kümmern. Wenn die Bürger sich meldeten, müsse innerhalb kurzer Zeit jemand von der Verwaltung vor Ort sein.

Frau Dirks pflichtet dem bei und sagt zu, sich zu kümmern.

11.2. Barrierefreie Gestaltung des Rathausparkplatzes - Herr Wieling

Herr Wieling erkundigt sich, warum im Zuge der barrierefreien Umgestaltung eines Teils des Rathausparkplatzes, wofür Kosten in Höhe von 20.000,-- € angefallen sein sollen, nicht auch der Zugang zum Behinderten-WC barrierefrei gestaltet worden sei.

Herr Messing erklärt, dass die Maßnahme nicht wie irrtümlich von einem Verwaltungsmitarbeiter angegeben 20.000,- € , sondern 8.000,- € gekostet habe.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass die Stadt Billerbeck den behindertengerechte Zugang zur Toilette bis zum Jahresende in Eigenregie herstellen wolle, um Kosten zu sparen. Dies sei mit der Interessengemeinschaft Barrierefreies Billerbeck im Vorfeld so abgestimmt worden. Sofern die Arbeiten durch den Bauhof aufgrund anderer Aufgaben nicht geleistet werden könnten, würde ggf. doch eine Vergabe erfolgen.

11.3. Radweg Beerlager Straße - Herr Wieling

Herr Wieling führt an, dass die Verwaltung den Bau des Geh-/Radweges an der Beerlager Straße für die Zeit in den Sommerferien angekündigt habe, bis heute habe sich nichts getan.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass sich die Maßnahme verzögert habe, aber am kommenden Dienstag mit dem Bau begonnen werde.

11.4. Löcher in der Münsterstraße - Herr Nowak

Herr Nowak weist darauf hin, dass die Münsterstraße vor der Apotheke Scheffer-Boichorst Löcher und im benachbarten Kreuzungsbereich Querrillen aufweise. Hier müsse kurzfristig Abhilfe geschaffen werden.

11.5. Schlechter Zustand des Bahnüberganges in Lutum - Herr Nowak

Herr Nowak weist darauf hin, dass sich der Bahnübergang im Bereich des Bahnhäuschens in Lutum (früher Lackhütter) in einem schlechten Zustand befinde und von Radfahrern nur schlecht befahren werden könne

Frau Dirks sagt Überprüfung zu.

11.6. Handbuch des Rates - Herr Tauber

Herr Tauber führt an, dass alle Mandatsträger zu Beginn der neuen Wahlperiode zur Abgabe der Ehrenerklärung aufgefordert worden seien. Diese sollten in einem Handbuch des Rates präsentiert werden. Er erkundigt sich nach dem Sachstand.

Herr Messing erläutert, dass die Erklärungen in einem Handbuch zusammengefasst und auf die Möglichkeit der Einsichtnahme im Amtsblatt der Stadt Billerbeck hingewiesen worden sei. Im Übrigen seien die Ratsmitglieder und sachkundigen Bürger aufgrund der Ehrenordnung verpflichtet, Änderungen mitzuteilen.

11.7. Umgang mit einem Interessenten für ein Gewerbegrundstück - Herr Wiesmann

Herr Wiesmann schildert, dass er von einem Billerbecker Unternehmer angesprochen worden sei, der von der Stadt Billerbeck ein Gewerbegrundstück erwerben wollte. Ihm sei von der Bürgermeisterin gesagt worden, dass das Grundstück derzeit nicht zum Verkauf stünde. Daraufhin habe der Interessent nachgefragt, ob er in eine Vormerkungsliste aufgenommen werden könne. Ihm sei gesagt worden, dass es eine solche nicht gebe. Wenig später sei das Grundstück verkauft worden, ohne dass er noch einmal angesprochen worden sei. Herr Wiesmann erkundigt sich, warum es keine Vormerkungsliste gebe und warum der Interessent nicht vor dem Verkauf informiert worden sei.

Frau Dirks und Herr Mollenhauer erklären, dass zurzeit keine Gewerbeflächen zur Verfügung stünden, Interessenten sich aber in einer Liste vormerken lassen könnten.

11.8. Erschließungskosten Steenpättken - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer berichtet, dass ihr Anwohner vom Steenpättken mitgeteilt hätten, dass die ursprünglich veranschlagten Erschließungskosten in Höhe von 19,- €/qm auf über 30,- € explodiert seien. Sie erkundigt sich, ob das richtig sei und woran das liege.

Herr Mollenhauer bestätigt die hohen Erschließungskosten, die auf ein schlechtes Ausschreibungsergebnis zurückzuführen seien. Bei der Nachkalkulation sei dann ein weiterer Fehler aufgefallen und versehentlich von Netto- statt von Bruttoausbaukosten ausgegangen worden. Die Verwaltung habe sich bei den Anliegern für den Fehler entschuldigt und Gesprächsbereitschaft bei den Zahlungszielen angeboten.

Frau Mollenhauer erkundigt sich, ob es beim Ausbau des Hohen Weges ebenfalls Neuigkeiten hinsichtlich der Kosten gebe. Das sei nicht der Fall, so Herr Mollenhauer.

11.9. Mangelhaftes Pflaster im Bereich Oberlau - Herr Dittrich

Herr Dittrich erinnert an seinen Hinweis auf Pflasterschäden im Bereich der Einfahrt zum Wohngebiet Oberlau I links im Bereich des Kreisels und im Bereich der Häuser 46 und 48.

Bzgl. der Pflasterschäden im Bereich der Einfahrt seien die Ausbesserungsarbeiten vergeben worden, so Herr Mollenhauer. Die Schäden vor den Häusern Nr. 46 und 48 seien ihm zurzeit nicht bekannt. Er sagt Überprüfung und Abhilfe zu.

12. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck

Es werden keine Fragen von Bürgern der Stadt Billerbeck gestellt.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin